Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 44 (1950)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : die Schlächterei in Korea ; Vor dem Ende der UNO? ; Auf abschüssiger Bahn ; Was gewinnt Amerikas? ; Die Rüstungspanik ; Westdeutsches ; Östliches, Allzuöstliches ; Was weiter? ; Die Völker müssen aufstehen!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139395

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Manifest

Internationale der Kriegsdienstgegner – Deutscher Zweig
Hamburg 13, Bornstraße 6/II. 44 76 25

Wir sind nach wie vor gegen jeden Krieg

Der internationale Rat der War Resisters' International (Internationale der Kriegsdienstgegner) gab auf seiner Sitzung vom 28. bis 31. Juli in Turin folgende Erklärung ab:

«Wir lehnen nach wie vor jede Art von Krieg ab und weigern uns unter allen Umständen, daran teilzunehmen. — Ungeachtet der bestehenden Spannung zwischen Ost und West glauben wir nicht, daß ein dritter Weltkrieg unvermeidlich sei. Eine wirkliche Gefahr kann aber dadurch heraufbeschworen werden, daß die öffentliche Meinung ihn als unvermeidlich hält. Wir rufen daher alle Männer und Frauen, die guten Willens sind, auf, diesen Fatalismus zu bekämpfen, sich nicht der Verzweiflung anheimzugeben und vor allem ihre Bemühungen um Verständigung und friedliche Regelung aller Streitfragen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen.

Wir erklären, daß Frieden, Sicherheit, Demokratie, Wohlstand, Freiheit und Unabhängigkeit nur in einer entwaffneten Welt gewährleistet werden können. Das politische und soziale Leben dieser Welt muß allerdings auf Bruderschaft beruhen, wenn sie das gesteckte Ziel erreichen will.

In der Zwischenzeit müssen die Völker Mittel und Wege des friedlichen Neben- und Miteinanderlebens finden, und wir müssen unser Bestes tun, alle Vorurteile, die diesem Vorhaben hindernd im Wege stehen, zu beseitigen.»

gez. Dr. Th. Michaltscheff.

WELTRUNDSCHAU

Die Schlächterei in Korea Die wichtigste Tatsache der Berichtszeit ist ohne Zweifel, daß es bisher gelungen ist, den in Korea ausgebrochenen Krieg auf seinen Herd zu beschränken. Das ist schon viel, und wir wollen sehr dankbar dafür sein. Aber der Krieg geht eben doch weiter. Und was für ein Krieg! Er artet ja immer mehr, und auf beiden Seiten, in eine gemeine, wüste Schlächterei aus, die aller Gesittung Hohn spricht und weit über die Nächstbeteiligten hinaus furchtbaren Haß unter den Völkern zu erzeugen geeignet ist. Ein amerikanischer Frontberichterstatter, John Osborne, gibt in den von ihm bedienten Zeitschriften «Time» und «Life» unumwunden zu, daß die amerikanische Armee, die in einem fremden und großenteils feindlichen Land operiere, zu «Handlungen und Haltungen von äußerster Wildheit» greife, «nicht der gewöhnlichen, unvermeidlichen Wildheit des Schlachtfeldes, sondern von Wildheit in Einzelfällen: Ausradierung von Dörfern, in denen sich *vielleicht* der Feind versteckt, oder Erschießung und Verbombung von Flüchtlingen, unter denen sich *vielleicht* Nordkoreaner befinden. . . Die südkoreanische Polizei und die südkoreanischen Matrosen, die ich in Frontabschnitten beobachtete,

sind Rohlinge. Sie ermorden Gefangene, um sich die Mühe zu sparen, sie nach hinten zu geleiten; sie ermorden Zivilisten einfach, um sie aus dem Weg zu bekommen oder um der Mühe enthoben zu sein, sie zu durchsuchen und zu verhören. Und sie erpressen Aussagen ... durch Mittel von einer solchen Brutalität, daß man sie überhaupt nicht beschreiben kann.»

Natürlich wird es auf der anderen Seite grundsätzlich auch nicht viel besser stehen. Aber man wird zugeben müssen, daß sich vor allem die Amerikaner durch ihr Luftmachtmonopol andauernd zu Scheußlichkeiten verleiten lassen, welche die Nordkoreaner schon aus technischen Gründen nicht nachmachen können. Man denke etwa an jene Unternehmung bei Waegwan, wo hundert amerikanische Riesenbomber in einem Rechteck von 11 Kilometer Länge und 6,5 Kilometer Breite jedes menschliche Lebewesen, jede menschliche Wohnstätte vernichteten, weil das Armeekommando darin eine Ansammlung von 40 000 Nordkoreanern *vermutete*, die bis auf den letzten Mann hätten vernichtet werden sollen — eine Vermutung, die sich hintendrein dann als falsch herausstellte![1]

Mit solchen Methoden und dank ihrer wachsenden Truppenstärke, Materialüberlegenheit und Kampferfahrung haben es die Amerikaner allerdings fertig gebracht, sich in ihrem Réduit in der Südostecke Koreas gegen alle noch so heftigen Angriffe der Nordkoreaner im großen und ganzen zu behaupten. Sie sind — und ich glaube nach wie vor: mit gutem Grund — überzeugt, daß die Nordkoreaner keine Aussicht mehr haben, sie ins Meer zu werfen, und daß sie ihrerseits bis gegen den Frühling hin die «roten Teufel» zu Paaren getrieben haben werden, vorausgesetzt immer, daß sich der Krieg nicht auf weitere Schauplätze ausdehne. Und sie sind entschlossen, von der gewaltigen, sich täglich stärker auswirkenden militärischen und wirtschaftlichen Übermacht der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten rücksichtslos Gebrauch zu machen, bis die bedingungslose Kapitulation der Nordkoreaner erzwungen sei. Der Zweck — Verhinderung jeden weiteren Vordringens des Kommunismus, und das heißt hier jeder Ausdehnung der sozialen Revolution in Asien — heiligt eben auch in diesem Fall das Mittel... Aber welch weltgeschichtlichen Frevel, unter dem Vorwand, eine heilige Sen-

[1] Nach der Agentur «New China» sagte ein amerikanischer Kriegsgefangener, Oberleutnant Robert Layton, der Bombardierer in einem der gewaltigen B-29-Flugzeuge gewesen war: «Es ist kein Zweifel, daß die Koreaner die Amerikaner hassen, und wenn ich die Verluste bedenke, die amerikanische Flugzeuge den unschuldigen Koreanern zugefügt haben, so kann ich vollkommen verstehen warum.» Und ein anderer Kriegsgefangener, namens Kimball, erklärte: «Ich habe nur eine Beschwerde, und die richtet sich gegen die amerikanische Luftwaffe... Haben Sie die Dörfer gesehen, meilenweit von so etwas wie einem militärischen Ziel entfernt und flach wie ein Feld? Haben Sie gesehen, wie sie Bauern beschießen, die auf dem Feld arbeiten, und Hüttchen zerstören, die nicht einmal so groß sind, daß eine Kuh darin Platz hätte? ... Auf meinem Weg hierher sah ich neun Bauern tot auf einem Feld liegen, auf dem sie im Reis arbeiteten, und drei weitere auf einem anderen... Ich kann mit meinem Land nicht einverstanden sein, das solche Sachen tut.»

dung zur Verteidigung des Völkerrechts, der Freiheit und der Menschenwürde zu erfüllen[2a], verübt hier Amerika im Hochgefühl seiner göttergleichen Allmacht! Das Gericht über diese Hybris, diese sträfliche Vermessenheit, vor der schon die Alten eine fromme Scheu hatten, wird gewiß nicht ausbleiben, wenn es auch noch geraume Zeit verziehen mag!

Vor dem Ende der UNO! Inzwischen bietet der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das klägliche Schauspiel einer moralisch ebenso bankerotten wie politisch handlungsunfähigen «Weltregierung». Dies nicht allein wegen der erbitternden Rechthaberei und scheinbaren Formenkrämerei der Russen, die damit in Wirklichkeit ja nur die asiatischen Völker gegen den westlichen Imperialismus aufreizen wollen[2]. Nicht minder verantwortlich für den Leerlauf des UNO-Apparates ist vielmehr auch die Sturheit und Scharfmacherei der Amerikaner, insbesondere ihr verblendeter Widerstand gegen die Aufnahme des kommunistischen China in die UNO; ihre erneute Zusammenarbeit mit Chiang Kai-Shek und seinem verrotteten Regime (das auch auf Formosa die häßlichsten Züge aufweist) schadet darüber hinaus den Vereinigten Staaten moralisch ungemein und macht sie in den Augen der farbigen Völker hoffnungslos unfähig, das *wirkliche* Problem Asiens zu verstehen und zu seiner Lösung beizutragen.

So ist denn auch die Gefahr eines amerikanisch-chinesischen *Krieges um Formosa* noch keineswegs behoben. Die chinesische Diplomatie geht zwar bisher in dieser ganzen Angelegenheit höchst behutsam vor; über ein förmliches Begehren um Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte in und um Formosa und einen allerdings scharfen Protest gegen eine behauptete Beschießung mandschurischer Grenzorte durch amerikanische Flieger hat sie bisher ihre Abwehr des kriegerischen Eingreifens der Vereinigten Staaten in Ostasien nicht hinausgetrieben. Aber was geschieht, wenn Amerika seine Formosa- und Chinapolitik nicht

---

[2] «Von der UNO-Tribüne aus», so schreibt Lillie Shultz in der Neuyorker «Nation», «haben sie bewiesen, daß Propaganda eine mächtige Waffe sein kann, um die Nöte, Ängste und Hoffnungen eines Erdteils auszubeuten, der bereits in revolutionärer Gärung gegen einen jahrhundertealten Feudalismus und Kolonialismus begriffen ist.»

[2a] Die Unwahrhaftigkeit der ganzen UNO-Aktion gegen Korea wird auch durch die Vorgänge in *Südafrika* beleuchtet. Die Südafrikanische Union hat sich ja durch Jahre hindurch beharrlich geweigert, das ehemalige Deutsch-Südwestafrika, das ihr vom alten Völkerbund als Mandatsgebiet anvertraut worden war, herauszugeben und der UNO zu unterstellen. Sie hat es einfach annektiert und nun durch die jüngst vorgenommenen «Wahlen» (bei denen nur die Weißen, nicht einmal den 13. Teil der Gesamtbevölkerung umfassend, stimmberechtigt waren) diesen Gewaltakt vollends besiegelt. Selbstverständlich fiel es den westlichen Demokratien nicht im Traum ein, deswegen der Südafrikanischen Union und ihrem halbfaschistischen Regime den Krieg zu erklären. So etwas macht man nur gegenüber Kommunisten. Erst wenn *die* etwas verbrechen, wird das Rechts- und Menschlichkeitsgefühl der Demokratien lebendig ...

bald und gründlich umstellt? Wird dann China aus der Zurückhaltung, die es jetzt noch beobachtet, nicht einfach heraustreten *müssen*? Die Gefahr ist nicht gering. Und doch besteht für eine solche Umstellung der amerikanischen Politik vorläufig keine große Aussicht. Es war schon schlimm genug, daß sich die Washingtoner Regierung beim Ausbruch des Koreakonflikts von McArthur und seinem so einflußreichen Freundeskreis (zu dem auch die obersten Wehrmachtführer der Vereinigten Staaten gehören) regelrecht überrumpeln und dazu drängen ließ, die Chinesische Volksrepublik mit Krieg zu bedrohen, falls sie auf das unzweifelhaft chinesische Formosa die Hand legen sollte. Und nun will sie von McArthur nicht einmal endgültig abrücken und diesen gemeingefährlichen Gewaltpolitiker keineswegs fallen lassen, auch nachdem er in aller Öffentlichkeit und ganz demonstrativ verlangt hat, Formosa müsse *dauernd* dem amerikanischen Stützpunktgürtel rings um den Stillen Ozean herum eingefügt werden! Von ihrem Standpunkt aus freilich recht wohl zu verstehen! Der Gegensatz zwischen den militärischen und politischen Aktivisten einerseits — verkörpert im Pentagon, dem riesenhaften Zentralsitz der Wehrmachtverwaltung — und der vorsichtiger operierenden offiziellen Diplomatie anderseits — mit dem Außenministerium als Mittelpunkt — ist ja keineswegs grundsätzlicher, vielmehr vor allem taktischer und opportunistischer Art, brauchten doch die Vereinigten Staaten — wie schon in der letzten Weltrundschau bemerkt — Formosa gar nicht zu annektieren (wie Mc Arthur will), um es als militärischen Stützpunkt benützen zu können; es genügte, daß sie es *tatsächlich* unter ihre Botmäßigkeit brächten, so wie sie beispielsweise auch die Philippinen, denen sie seinerzeit großmütig die «Unabhängigkeit» gewährt haben, militärisch und politisch, selbstverständlich auch wirtschaftlich, völlig in ihrer Hand haben. Aber es ist klar, daß McArthur die Politiker in Washington, die er so grenzenlos verachtet, dennoch in nicht geringe Verlegenheit gebracht hat, als er seine Karten — und diejenigen der Imperiumsbauer überhaupt — so unvorsichtig offen auf den Tisch legte. Nur aus diesem Gegensatz der Methoden und Temperamente ist der Zwiespalt zwischen Washington und Tokio entstanden, der keineswegs eine Änderung der amerikanischen Ostasienpolitik als solcher erwarten läßt[3].

---

[3] Was für unheilvolle Kräfte in der Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten am Werk sind, fühlt man auch aus dem unsauberen Fall des Senators McCarthy heraus. Man hat sich immer wieder gefragt, was wohl den Ehrenmann aus Wisconsin bewogen haben möge, an seinen vorn und hinten unbeweisbaren Behauptungen von einer Durchsetzung des amerikanischen Außenministeriums mit kommunistischen Agenten so unglaublich frech festzuhalten. Vielleicht liegt aber des Rätsels Lösung doch darin, daß McCarthy, wie in der amerikanischen Presse eindeutig zu verstehen gegeben wird, einfach von Chiang Kai-Shek geschmiert worden ist, um, gleichgültig mit was für Mitteln, das Außenministerium als Filiale des Kremls zu verdächtigen und so jede Verständigung Amerikas mit der Chinesischen Volksrepublik als kommunistische Machenschaft von vornherein zu diskreditieren. Hinsichtlich der Aufnahme Chinas in

Das einzig Ermutigende ist, daß diese Politik immerhin nicht die offizielle Zustimmung der UNO im Rücken hat. Aber wenn die Chinesen schließlich Formosa doch angreifen sollten, so könnte das, wie Lillie Shultz in «The Nation» meint, den Vereinigten Staaten gleichwohl

«die Gelegenhheit liefern, die Russen aus der UNO hinauszuwerfen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Rückkehr der Russen den Amerikanern keine Freude gemacht hat. Öffentlich sagen sie, sie würden sich nicht zur Annahme des Hooverplanes für eine UNO ohne Russen drängen lassen. Aber es ist sicher, daß die Vereinigten Staaten glauben, ein endgültiger Zusammenstoß (mit der Sowjetunion) sei ja doch unvermeidlich, und daß die Notwendigkeit, die Vereinten Nationen als Sinnbild der Welteinheit aufrechtzuerhalten, in dem Augenblick dahinfallen wird, da wir militärisch stark genug sind, diesen Zusammenstoß zu bestehen. Die UNO scheint von jetzt an dazu bestimmt, nicht der Förderung des Friedens zu dienen, sondern der Erhaltung eines gebrechlichen Gleichgewichts, bis der Aufmarsch der Kampfparteien beendet ist.»

Auf abschüssiger Bahn Der «endgültige Zusammenstoß» zwischen den beiden Weltblöcken, den man in den Vereinigten Staaten — wie ja auch bei der Führung der Sowjetunion — als immer weniger vermeidbar ansieht, kann natürlich auch aus der Weiterentwicklung des Koreakrieges selber hervorgehen. Setzen wir zum Beispiel den jetzt recht wahrscheinlich gewordenen Fall, daß die Amerikaner im Lauf des Herbstes und Winters die sich zusehends erschöpfenden Nordkoreaner hinter den 38. Breitengrad zurückzuwerfen vermögen: werden dann China und Rußland ruhig zusehen, wie die Vereinigten Staaten ihren Herrschaftsbereich bis an die Grenzen der Mandschurei und Sowjetsibiriens ausdehnen, nachdem ihre Wehrmacht ganz Korea in eine Mondlandschaft verwandelt hätte? Werden dann China und Rußland — wozu sie nach dem noch immer gültigen Waffenstillstandsvertrag das Recht hätten — nicht ihrerseits Korea besetzen oder gar an der Seite Nordkoreas offen in den Krieg mit den Vereinigten Staaten treten? In Amerika erwartet man anscheinend weit herum fast mit Ungeduld ein russisches Eingreifen auf dieser Linie. Bezeichnend dafür ist ein Leitartikel der «Detroit News» (vom 14. August), in dem es heißt:

«Die Stunde naht, da eine verdeckte Unterstützung Nordkoreas durch die Sowjetunion dem ersteren wenig oder nichts mehr nützen wird. Dann wird Rußland entweder dazu übergehen, den Krieg direkt durch Entsendung von Luftstreitkräften und Wiederherstellung der Nachschubwege zwischen Korea und der (ostsibirischen) Küstenprovinz zu unterstützen, oder der Krieg wird (für Nordkorea) verloren sein. Das Spiel wird offen gespielt werden müssen, und wie sich die Sowjetunion auch entscheiden wird, die Hand Rußlands kann dann vollständig bloßgelegt werden.

Wenn es seine Rolle als angeblich harmloser Zuschauer aufgibt und bewußt zum Eingreifen an der Seite Nordkoreas übergeht, dann hätten die Vereinigten Staaten und

---

die UNO ist dieses Manöver auch offenkundig gelungen. Die von McArthur eingeleitete neue Zusammenarbeit mit Chiang Kai-Shek ist in Washington zunächst nur mit Vorbehalt angenommen worden; wie lang wird es aber wohl gehen, und die Linie McArthurs wird sich in der amtlichen Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten ganz durchsetzen?

die Vereinten Nationen moralisch keine andere Wahl als die direkte Aktion gegen Rußland samt seinen Vasallen. *Wir haben die Atombombe in großen Mengen. Wir sollten wissen, was damit anfangen. Dann schlüge die Stunde zum Handeln, nicht mehr zum Diskutieren.* (Im Original hervorgehoben.)

Wenn aber statt dessen Rußland Nordkorea kaltblütig preisgibt und seinen kleinen kommunistischen Nachbar eine schreckliche Strafe für einen mutwilligen Angriffsakt erleiden läßt, dann wird das der Welt beweisen, daß es nicht einmal denjenigen Völkern die Treue hält, die sich mit ihm einlassen und seine bösartige politische Lehre annehmen.»

Eine breite Strömung in Amerika, die schon längst auch höchste militärische und politische Stellen erfaßt hat, geht, wie man weiß, noch weiter und drängt darauf, die Vereinigten Staaten sollten gar nicht erst abwarten, wie sich die Sowjetunion entscheiden werde, sondern das Gesetz des Handelns an sich selber reißen und einen *Präventivkrieg* gegen Rußland auslösen. Die Mitglieder der Regierung Truman weisen in ihrer großen Mehrheit dieses Begehren entschieden und gewiß aufrichtig zurück[3a], wenn schon eine Minderheit dafür gewonnen zu sein scheint und der Marineminister Matthews sogar in aller Öffentlichkeit dafür geworben hat. Aber angenommen, es ereigne sich irgendwo auf der Welt ein zweiter Fall Korea, das heißt ein bewaffneter Angriff eines russischen Satelliten — etwa Ostdeutschlands oder Bulgariens — auf einen Nachbarstaat, ja auch nur ein kommunistischer Staatsstreich im Innern eines Landes — wie in der Tschechoslowakei —: hätte dann die Regierung Truman noch die Kraft, dem mit Sicherheit zu erwartenden stürmischen Interventionsverlangen der Aktivistenpartei zu widerstehen, nachdem sie dieser schon in der Korea- und Chinafrage so verhängnisvoll weit nachgegeben hat? Was der Führer der einflußreichen oder doch sehr geräuschvoll auftretenden Amerikanischen Legion — einer Vereinigung ehemaliger Weltkriegskämpfer —, George Craig, unlängst erklärte: «Wenn russische Puppen irgendwo Unruhe stiften, so wird dies das Signal für unsere Bomber sein, den Weg nach Moskau unter die Flügel zu nehmen» — das wird dann wahrscheinlich die Losung des Großteils einer «öffentlichen Meinung» sein, die ins letzte Stadium der seit Jahr und Tag betriebenen Russenhetze hineingejagt würde[4]. Und ob der Kreis um Truman und Acheson, der schon jetzt einen harten Stand gegen die Wehrmachtführung, die Republikanische Partei und die Scharfmacher in den eigenen demokratischen Reihen hat, in einem Wahljahr wie dem

---

[3a] Dies besonders seit der nachgerade doch als untragbar empfundene Wehrmachtsminister Johnson durch General Marshall ersetzt worden ist (15. September).

[4] Als Anzeichen für den Grad, den diese Hetze schon heute erreicht hat, mag ein mir vorliegendes Bild in einer amerikanischen Tageszeitung — ein wirkliches Kulturdokument — gelten, dessen Text folgendermaßen lautet: «Verwundet und blutend kniet Basil Gordon, ein Autoarbeiter, auf dem Gehweg außerhalb der Maywood-Fabrik der Chrysler-Gesellschaft in Los Angeles, während Arbeitskollegen drohen, ihn erneut zu schlagen. Die Polizei sagte, Gordon und zwei andere seien mißhandelt worden, weil sie sich weigerten, Nebenarbeitern anzugeben, warum sie Kommunisten seien. Es wurden keine Verhaftungen vorgenommen.»

heurigen auch dann noch ein Losschlagen gegen die Sowjetunion verhindern kann und will, das *tatsächlich* einem Präventivkrieg gleichkäme, das ist schon heute kaum mehr eine Frage. Je länger der Krieg in Korea weitergeht, desto größer wird jedenfalls die Gefahr, daß es mit fast naturgesetzlicher Schwerkraftwirkung immer hemmungsloser bergab, in den Abgrund eines dritten Weltkriegs hinein, geht.

Was gewinnt Amerika? Aber selbst wenn der Koreakrieg bis zum amerikanischen Endsieg lokalisiert bleiben könnte, so wäre damit weder für die Lösung der koreanischen Frage noch für die Befriedung Asiens im ganzen etwas gewonnen. Im Gegenteil: dann würde, unter amerikanischer Oberherrschaft, wahrscheinlich das südkoreanische Feudal- und Polizei-Regime auf ganz Korea ausgedehnt werden, schon weil sich die Amerikaner in Korea nur halten könnten, wenn sie sich nach klassischem Muster (das sie ja auch in Japan kopieren) dabei auf die bisherige einheimische Herrenschicht stützen. Korea würde notwendigerweise dem amerikanischen Pazifik-Imperium eingefügt und mit militärischer Hand niedergehalten werden, wie das schon zu Beginn des Koreakrieges die Neuyorker Zeitschrift «Business Week», ein Sprachrohr der kapitalistischen Unternehmerschicht, ins Auge faßte:

«Das ist die harte Lehre, die uns Korea gibt: Amerikanische Truppen werden im nichtkommunistischen Asien Ordnung zu halten haben, ähnlich wie britische Truppen im 19. Jahrhundert als Besatzung in den Reichsstützpunkten lagen ... Aber es wird für die Amerikaner erheblich schwieriger sein, Truppen in Asien zu halten, als es für die Engländer war. Unsere Aktionen müssen heute mit dem asiatischen Nationalismus versöhnt werden. Das wird die Vereinigten Staaten in Asien unpopulär machen, wenn wir nicht schnell eingreifen, um leistungsfähige örtliche Regierungen einzusetzen.»

Daß eine amerikanische Militärherrschaft in asiatischen Ländern mit der nationalen (und sozialen) Freiheitsbewegung der farbigen Völker versöhnt werden könne, ist natürlich Unsinn. Die Amerikaner führen ihren militärischen Machtkampf in Asien ja gerade darum, weil sie die nationale und besonders die soziale Revolution der asiatischen Völker *verhindern* wollen. In China ist das gründlich mißlungen, so daß Außenminister Acheson in seinem Begleitbrief zum amerikanischen Weißbuch über die Chinapolitik der Vereinigten Staaten bedauernd feststellen mußte: «Die unglückselige, aber unentrinnbare Tatsache ist, daß das bedeutungsschwere Ergebnis des Bürgerkrieges in China sich der Beherrschung durch die Regierung der Vereinigten Staaten entzogen hat... Es war das Ergebnis innerchinesischer Kräfte, die unser Land zu beeinflussen versuchte, aber nicht vermochte.» Jetzt hofft Amerika neuerdings, durch Unterstützung Chiang Kai-Sheks von Formosa aus dieses «unglückselige» Ergebnis rückgängig machen und mit der gleichen Methode — durch militärische Machtentfaltung — vor allem in Korea die soziale Revolution hintertreiben zu können, so wie es das an jedem be-

liebigen Punkt der Erde zu tun bereit ist, falls die wirtschaftlichen und politischen Machtmittel, die es zu diesem Zweck einsetzt, nicht ausreichen sollten.

Daran ändert auch nichts die angeblich großzügige Hilfe an die zurückgebliebenen Völker, die Amerika gemäß dem berühmten Punkt vier von Präsident Trumans Regierungsprogramm leisten will. Wie großzügig diese Hilfe ist, wird am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß dafür im laufenden Finanzjahr nicht einmal 30 Millionen Dollar ausgesetzt sind, für antikommunistische Propaganda (Die Stimme Amerikas) aber 90 Millionen und für Kriegsrüstungen gleich ein paar Dutzend Dollarmilliarden. Und wie ernst es den Amerikanern mit der Freundschaft und Liebe zu den farbigen Völkern ist, von der auch Herr Truman in seiner Radiorede vom 1. September spricht, das mag aus der Klage amerikanischer Kriegskorrespondenten hervorgehen, die amerikanischen Offiziere und Soldaten behandelten ihre südkoreanischen Waffengefährten mit offener Geringschätzung, ja Verachtung — durchaus im Einklang mit dem Rassendünkel, den die meisten weißen Nordamerikaner gegenüber ihren farbigen Mitbürgern, ja auch gegenüber den «minderwertigen» Einwanderern aus Ost- und Südeuropa oder Lateinamerika an den Tag legen. Auch da könnten die Amerikaner noch etliches von den Russen lernen. In einem jüngst in Neuyork gehaltenen Vortrag gibt Anna Louise Strong von *deren* Einstellung zu den Koreanern ein bezeichnendes Beispiel. Russische Generäle und Soldaten, so erzählt sie, waren bei der Feier des zweiten Jahrestages der Befreiung Koreas die Gäste der Nordkoreaner:

«Ich war sehr beeindruckt von der Selbstverständlichkeit, mit der die Russen auf dem Fuße völliger Gleichheit mit den Koreanern verkehrten. Sie saßen durcheinander beim Bankett, brachten abwechslungsweise Trinksprüche aus, forderten einander zum Singen ihrer Lieder heraus — die Russen sangen alte Volkslieder, nicht bolschewistische Propagandalieder —, und später tanzten sowohl die Russen wie die Koreaner mit den Frauen der anderen. Man konnte sich schwer denken, daß eine amerikanische Armee in solcher Gleichstellung mit einem asiatischen Volk verkehren würde. Das ist eine der starken Seiten Rußlands in Asien.»

Und eine der schwachen Seiten Amerikas nicht nur in Asien, sondern auch sonst in der Welt! Das empfinden aufgeschlossene Amerikaner selbst immer deutlicher, wenn sie sich von der wachsenden *Amerikafeindschaft* insbesondere der asiatischen Völker Rechenschaft geben. Sogar in einem so weit vom koreanischen Kriegsschauplatz abgelegenen Land wie Indien macht sich diese Stimmung mehr und mehr bemerkbar. «Antiamerikanische Gefühle», so stellt der Korrespondent der «New York Times» in Neu-Delhi unter dem 12. August fest, «waren in Indien nie so weit verbreitet wie jetzt. Mit jedem Tag des Koreakrieges, der weitere Berichte von zerbombten Städten und brennenden Dörfern bringt, nimmt die Unbeliebtheit der Vereinigten Staaten zu ... Vielen Indern macht es gar keinen Kummer, wenn im gegenwärtigen Stadium

der Entwicklung der Kommunismus in Korea und Indochina siegen würde... Viele Inder meinen, die amerikanische Aktion in Korea stelle eine Fremdherrschaft in asiatischen Ländern dar, und das empfinden sie bitter. Verschiedene erklären leidenschaftlich, die Vereinigten Staaten sollten aus Japan, Korea, Indochina, Formosa und wo immer sie sich eingemischt haben, hinausgehen und die Asiaten ihre Probleme selber lösen lassen.»

Ähnlich berichtet (am 15. August) ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» in Bombay, daß

«die im wesentlichen amerikanische Intervention unter der Flagge der Vereinten Nationen durchaus nicht populär ist. Die Schlagworte ‚Hands off Korea' (‚Hände weg von Korea') und ‚No intervention in Asia' (‚Kein Eingreifen in Asien') tauchen in verschiedenen Variationen in allen Teilen der Presse auf und sind keineswegs auf die Blätter des linken Flügels beschränkt. Die amerikanische Politik mit Bezug auf Formosa und Indochina wird aufs schärfste verurteilt... Während früher der Kommunismus als das Exportgut eines neuen Imperialismus mit größtem Argwohn betrachtet wurde, sieht man in ihm plötzlich auch eine asiatische Erscheinung und eine Erscheinung des historischen Kampfes asiatischer Völker für nationale Emanzipation und soziale Erneuerung.»

Eine Erkenntnis, die man sich allmählich — oder vielleicht sogar etwas plötzlich — auch in Westeuropa, nicht zuletzt in rechtssozialdemokratischen Kreisen, mit Vorteil aneignen würde! Item: Amerika hat mit seinem kriegerischen Eingreifen in Korea wie im übrigen Asien auf weitere Sicht nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren. Und die Neuyorker «Montlhy Review» (Augustheft) hat nur zu sehr recht, wenn sie befürchtet:

«Die Vereinigten Staaten werden unvermeidlicherweise eine katastrophale Niederlage in Korea erleiden, was auch immer bei den militärischen Operationen herauskommen mag. Wer anders denkt, täte gut, sich jetzt allmählich klar zu machen, was für eine Wirkung es auf die Weltmeinung und Amerikas internationale Stellung ausüben wird, wenn Korea zerrissen, blutend und stöhnend unter dem Stiefel General McArthurs liegt, während Syngman Rhee und Genossen sich an die grausige Arbeit machen, mit ihren Feinden abzurechnen.»

Die Rüstungspanik Es ist ein Jammer, aber eben doch Tatsache, daß Amerika — das *herrschende* Amerika — gar nicht daran denkt, aus dieser ganzen Sachlage die gegebenen Folgerungen zu ziehen. Es versteift sich je länger, je mehr auf die Durchstierung seines Koreakrieges bis zum bitteren Ende und rüstet darüber hinaus mit planvoll eingesetzter Volkskraft für den Endkampf mit Rußland, den auch J. F. Dulles, der republikanische Hauptberater des Außenministeriums, in seinem neuen Buch «Krieg oder Frieden?» als wahrscheinlich, wenn schon noch nicht als unvermeidlich, erklärt. Und das «andere» Amerika, dessen Bannerträger in den letzten Jahren Henry Wallace gewesen war, steht ohnmächtig und im ganzen nur noch vor-

sichtig warnend auf der Seite, den Dingen notgedrungen ihren verhängnisvollen Lauf lassend[5].

Auch in *Westeuropa* steigt das Rüstungsfieber noch immerzu. England will innert dreier Jahre seine Wehrmacht etwas mehr «auf die Höhe» bringen, mit einem Kostenaufwand von 11 Milliarden Schweizer Franken. Frankreich hat einen Fünfjahresplan für die Aufstellung von 15 neuen Divisionen (zu seinen bisherigen 5 hinzu) entworfen, unter Verlängerung der Militärpflicht von 12 auf 18 Monate. Auch Belgien geht mit einer großen Rüstungsvorlage um, die unter anderem die Dienstzeit von einem Jahr auf gleich zwei Jahre erhöhen soll. Und so hat jetzt sozusagen jeder westeuropäische Staat, der etwas auf sich hält, sein modernes Wehrprogramm, wobei freilich jede Regierung — am nachdrücklichsten aus begreiflicher Ursache die französische — darauf besteht, daß in erster Linie *Amerika* seine Streitkräfte in Europa ganz massiv vermehren müsse, wenn die westeuropäischen Aufrüstungsmaßnahmen überhaupt einen Sinn haben sollten. (Auch die wackere «Neue Zürcher Zeitung» ist, in bekannter Neutralität und Bescheidenheit, angestrengt bemüht, den Vereinigten Staaten klar zu machen, daß sie endlich einmal ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem von Osten her so tödlich bedrohten Westeuropa tun müßten. . .)

Amerika kehrt allerdings den Spieß um und verlangt seinerseits von Westeuropa eine Rüstungsanstrengung, die viel weiter gehen müsse als alles, was bisher geplant sei. Es verweist dabei — wiederum aus guten Gründen — darauf, daß der Koreakrieg und die Spannung im übrigen Fernosten seine Kräfte bereits derart in Anspruch nehme, daß an eine «monumentale Machtentfaltung der Vereinigten Staaten in Europa», wie sie auch der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Kurt Schumacher, verlangt, im Augenblick gar nicht zu denken sei[5a]. So wird denn eben nunmehr die Notwendigkeit der *Wiederaufrüstung Westdeutschlands* in den Vordergrund gerückt, vor allem natürlich von den Westdeutschen selbst. Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik und ihr höchst autoritär auftretender Kanzler, Herr Adenauer, beschränkt sich zwar vorderhand aus taktischen Gründen auf das Begehren um Bewilligung

---

[5] In einem Brief an Wallace, den der «National Guardian» (23. August) abdruckt, stellt einer von dessen früheren Anhängern traurig fest: «Die Ära Roosevelt ist abgeschlossen, weil mit Ihrem Rückzug auch die letzte Kerze erloschen ist... Wir werden Sie in dem Kampf für Frieden und Freiheit schrecklich vermissen, aber wir werden dennoch weitermachen — und wir werden gewinnen! ... Trotz all Ihren Warnungen und Voraussagen haben Sie sich entschlossen, aufzugeben — in einem Augenblick, da unser Land Ihre Weisheit am nötigsten hätte. Es tut mir aufrichtig leid um Sie, Mr. Wallace, weil ich sicher bin, daß Sie ein sehr unglücklicher Mann sind und bedauerlicherweise Ihr Glück oder Ihren Seelenfrieden nicht finden werden im Lager von Menschen und Interessen, die Sie verachten und alles hassen, wofür Sie Ihr Lebtag gekämpft haben.»

[5a] Zur Beruhigung der von der russischen Militärmacht hypnotisierten Westeuropäer hat die amerikanische Regierung jetzt immerhin versprochen, in absehbarer Zeit einige weitere Divisionen über den Atlantik zu schicken (15. September).

einer bloßen *Polizeimacht*, die, in der Stärke von etwa 80 000 Mann, vollständig motorisiert und mit leichten amerikanischen Waffen ausgerüstet, ein Gegengewicht gegen die ostdeutsche «Polizeiarmee» darstellen solle, sagt man doch, daß diese kommunistisch geschulte Spezialtruppe schon heute 200 000 Mann umfasse, wovon ein Viertel, die sogenannten Bereitschaften, schwere Waffen und Tanks besitze.

Aber es braucht kaum gesagt zu werden, daß eine solche nur dem innerdeutschen Bedarf dienende Polizeimacht bloß die erste Stufe zur Aufstellung einer eigentlichen westdeutschen *Armee* bilden könnte, die zum Einsatz gegen die Sowjetunion bestimmt wäre. Und die Atlantikmächte, die grundsätzlich bereits ihre Zustimmung zur Schaffung einer westdeutschen Polizeitruppe gegeben haben, werden sich in Konsequenz ihrer bisherigen falschen Politik wohl oder übel auch mit einer neuen deutschen Kriegsarmee abfinden, so klar es ihnen auch sein muß, daß dann fast unvermeidlicherweise der bekannte alte Zustand wiederkehren wird, daß nicht Deutschland eine Armee, sondern die Armee Deutschland in den Händen hat — und zwar ein Deutschland, das bald wieder eine höchst aktive Außenpolitik betreiben und ganz Westeuropa beherrschen wird. Denn darüber lassen ja dankenswerterweise die deutschen Militärs und ihre politischen Sachwalter keinen Zweifel, daß eine Deutsche Bundesrepublik, die sich an der «Verteidigung Westeuropas» solle beteiligen können, völkerrechtlich ihre volle Selbständigkeit und Souveränität zurückgewonnen haben müsse, daß ihre Armee — sie wollen sich zunächst einmal mit 25 Divisiönchen begnügen — den Armeen der Westmächte qualitativ durchaus ebenbürtig sein und nicht zuletzt «die Ehre des deutschen Soldaten wiederhergestellt» werden müsse, das heißt die Urteile gegen die deutschen Kriegsverbrecher aufzuheben seien. Ob ein dergestalt wieder in den Sattel gesetztes Westdeutschland die Hoffnungen der Atlantikmächte auch wirklich erfüllen und seinen Vorteil nicht eher in einer Verständigung mit Rußland und Polen sehen würde, das ist eine Frage für sich. Sicher ist, daß, wie der «New Statesman» (19. August) schreibt, mit einem erneut militarisierten Deutschland «die Westmächte jeden moralischen Anspruch verwirken würden, als Verteidiger der Demokratie angesehen zu werden. Und schließlich würde die Wiederaufrüstung Deutschlands von jedem Land östlich der Elbe als völlig unerträglich empfunden werden. Rußland brauchte gar keine Propaganda zu machen, um die Polen und Tschechen zu überzeugen, daß sie bis zum letzten Mann gegen die erneute Drohung einer deutschen Invasion kämpfen müßten. Die Zusammenballung einer solchen Macht, sei es hinter oder vor dem Rhein, könnte nur zu leicht den Ausbruch des Krieges beschleunigen, den sie abzuwehren bestimmt war.»

Westdeutsches Bei all dem hätte Westdeutschland wahrhaftig anderes zu tun, als seine militärische Aufrüstung zum Zwecke der Abwehr eines drohenden kommunistischen Einbruches zu

betreiben! Die *wirkliche* Gefahr für Westdeutschland liegt ja nicht in seiner militärischen Schwäche, sondern in der Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit seiner sozialen Zustände, die seine staatliche Ordnung mehr und mehr mit Auflösung bedroht und einem gewaltsamen Umsturz geradezu ruft. Gerade jetzt zeichnet in «Unserer Aktion», dem Blatt der Sozialdemokratischen Aktion (Nr. 11), Arthur von Machui ein eindrucksvolles Bild von der großen Proletarisierung, die sich in fünf Wellen über Westdeutschland ergossen hat. Das Ergebnis dieses in jedem Sinn erschütternden Vorganges, so bemerkt er, sei folgendes:

Ein absolut proletarisches Dasein führen

9 Millionen unterbezahlte Industriearbeiter und Arbeitslose mit ihren nicht erwerbsfähigen Angehörigen,

5 Millionen Flüchtlinge mit den gleichen Angehörigen,

5,5 Millionen Opfer des Nazikrieges und des Naziregimes mit den gleichen Angehörigen,

2,5 Millionen Jugendliche und alleinstehende Frauen,

7 Millionen Familienbauern mit ihren Angehörigen,

zusammen also 29 Millionen Menschen von den 48 Millionen der westdeutschen Bevölkerung.

Ein ausgesprochenes Elendsdasein werden schätzungsweise führen

2,5 Millionen Industriearbeiter, Arbeitslose usw.,

3 Millionen Flüchtlinge,

3 Millionen Opfer des Nazikrieges,

1 Million Jugendliche und Frauen,

4 Millionen Kleinbauern,

zusammen also 13,5 der 48 Millionen.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt in der Basler «Arbeiterzeitung» Max Wullschleger auf Grund von Reiseeindrücken aus Westdeutschland. Er hält es für erwiesen,

«daß der deutsche Arbeiter heute zu Bedingungen lebt, die weit unter dem Lebensstandard der Arbeiterschaft der übrigen europäischen Länder liegen. Dabei ist eine große Verschlechterung der Lage des deutschen Arbeiters eingetreten im Vergleiche zur Vorkriegszeit... Das Experiment der ‚freien Marktwirtschaft' hat in Deutschland die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht. Der Wiederaufbau in Deutschland vollzieht sich heute auf Kosten und auf dem Buckel des deutschen Arbeiters.»

Da begreift man allerdings schon, daß wieder eine tüchtige Polizei- und Militärmacht her muß, um die «demokratische» Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren sich Westeuropa erfreut, gegen eine vom Osten her drohende Revolutionierung auch und schon in Westdeutschland zu verteidigen! Und das Bonner Regime fühlt sich bei diesem Rettungswerk ja noch als Träger einer besonders hehren Mission. Es stehe scheint's in den Sternen geschrieben, meint Carolus in «The Nation», daß

«der Kanzler und seine kapitalistischen Hintermänner Westdeutschland zum Führer des Blockes katholischer Staaten, genannt Europabund, machen können, der sich von

Sizilien bis Calais erstrecken soll, auf dem deutsch-französisch-belgisch-luxemburgischen Kohlen- und Stahltrust ruht und im Schuman-Plan offenbar gemacht worden ist. Daß die Finanzmacht der Vereinigten Staaten den Gips für den Bund liefern wird, zeigt sich in der Ernennung Dr. Kreklers vom I.-G.-Farbentrust zum ersten deutschen Generalkonsul in den Vereinigten Staaten.»

Östliches, Allzuöstliches Die Angst vor einem ostdeutsch-kommunistischen Vorstoß nach Westdeutschland ist freilich durch die Ereignisse in Korea neuerdings heftig gesteigert worden und wird durch die ganze Haltung der *Deutschen Demokratischen Republik* weiter genährt. Ob die Berliner Regierung, wie im Westen behauptet wird, wirklich mit der Absicht umgeht, ihre Volkspolizei in den nächsten sechs Monaten gegen die westdeutsche Republik marschieren zu lassen, ist von hier aus unmöglich mit etwelcher Sicherheit zu beurteilen; die Verschärfung des Diktaturregimes, die Straffung und «Säuberung» der Systemspartei und der folgerichtige Ausbau der Polizeiarmee, im Verein mit der ganzen «nationalen» Propaganda, die von Ostdeutschland aus betrieben wird, sprechen allerdings dafür, daß bei der Führung der Deutschen Demokratischen Republik ein bestimmter Plan bestehen muß, um die Lösung der deutschen Frage im kommunistischen Sinne zu erzwingen. Von einer *moralischen* Eroberung Westdeutschlands durch das lockende Beispiel des Ostens ist jedenfalls trotz den großen und heilsamen Umwälzungen in der Sowjetzone keine Rede. Die unbezweifelbare Tatsache, daß die ostdeutsche Bevölkerung, soweit es sich nicht um Träger oder Begünstigte des neuen Regimes handelt, regelrecht hungert, gleichgeschaltet und terrorisiert wird, genügt für sich allein schon, um im Westen die Feindseligkeit gegen alles Östliche wachzuhalten, ja sie noch fortwährend zu vertiefen.

Ob die Entwicklung in den eigentlichen *Volksrepubliken* günstiger verläuft, ist angesichts der Unmöglichkeit, sich von den dortigen Verhältnissen ein zuverlässiges Bild zu machen — diejenigen in Jugoslawien vielleicht ausgenommen —, immer schwerer zu sagen. In noch höherem Maße gilt das natürlich von der *Sowjetunion* selbst, deren Regierer es ihrer eigenen Geheimtuerei zuzuschreiben haben, wenn über ihre Länder und Völker in der westlichen Welt die abenteuerlichsten Vorstellungen verbreitet sind. Solange sich beispielsweise die Sowjetunion weigert, Außenstehenden einen hinreichenden Einblick in ihr Strafvollzugssystem zu geben, wird sie nichts Überzeugendes gegen die Behauptung vorbringen können, ihre Zwangsarbeitslager seien so grauenvoll wie einst diejenigen Nazideutschlands. Dies um so mehr, als unlängst an der Genfer Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO die bedenklichsten amtlichen Dokumente über dieses System vorgewiesen wurden, unter anderem die empörende Bestimmung des Sowjetstrafrechts, daß bei Flucht eines Sowjetbürgers ins Ausland seine erwachsenen Angehörigen mit Gefängnis bis zu zehn Jahren und Einzug ihres gesamten Vermögens zu bestrafen sind, falls sie der Flucht

aktiv oder passiv Vorschub geleistet haben, und daß die übrigen Familienglieder des «Verräters» bis zu fünf Jahren nach den entlegenen Gebieten Sibiriens verbannt werden können. «Die ganze Vorstellung, daß man sich die Treue von Soldaten und Fliegern sichern müsse, indem man ihren Familien furchtbare Strafen androhe, ist ein Überrest von Barbarentum, die vorbedachte Übernahme eines von den Nazi angewandten Grundsatzes», bemerkt dazu mit vollem Recht der Londoner «New Statesman».

Auch *Griechenland* duldet die Schande der Straflager für politische «Verbrecher» nach wie vor. Das berüchtigte Makronisos scheint zwar aufgehoben zu sein; dafür sind neue Lager eröffnet worden, in denen die Gefangenen nicht weniger grausam behandelt werden. (Der Fall des Dichters Kornaros, der in der Schweiz ans Licht gezogen wurde, ist nur einer von hunderten, vielleicht tausenden ähnlicher Fälle.) Und in den gewöhnlichen Gefängnissen sollen immer noch rund 20 000 politische Häftlinge sitzen, von denen die sogenannte Justiz alle Wochen ein paar Dutzend «liquidiert». General Plastiras, der nach den Frühjahrswahlen an die Spitze eines Kabinetts der Mittelparteien getreten war, bemühte sich zwar, der oppositionellen Linken einigermaßen versöhnlich entgegenzukommen; aber nun strebt die reaktionäre Rechte erneut energisch zur Macht, unter Vorschiebung des «Liberalen» Venizelos, der seinerseits nur der Platzhalter für einen kommenden Militärdiktator — etwa General Papagos — sein dürfte. Das Bezeichnende an dieser Entwicklung ist dabei das, daß der erste Versuch von Venizelos (im April), die alte Garde korrupter Rechtspolitiker wieder an die Macht zu bringen, an amerikanischem Einspruch gescheitert ist, während jetzt, im Gefolge der verschärften West-Ost-Spannung, die amerikanische Mission in Griechenland wieder einen schärferen Kurs gegen die Linke wünscht und die extreme Rechte offenkundig unterstützt.

Nicht unähnlich liegen die Dinge in *Persien*, wo neuerdings unter amerikanisch-britischem Druck eine eigentliche Scharfmacherregierung unter dem Vorsitz von Marschall Razmara gebildet wurde, mit dem General Daftaris als Polizeiminister und «starkem Mann». Auch hier soll jede Opposition gegen das feudale Diktaturregime gewaltsam niedergehalten werden, besonders wenn sie sich, wie seinerzeit die nach unseren Begriffen recht zahm reformistische Tudeh-Partei, an die Sowjetunion anlehnen sollte. Alles im Zeichen des Kampfes der «freien Völker» gegen Diktatur und Terror — sofern nämlich Diktatur und Terror im Dienste der politischen und sozialen *Revolution* stehen!

Was weiter? Aber nun — wie sollen die Völker vor dem Sturz in den Abgrund gerettet werden, in den ihre Kurzsichtigkeit und Leidenschaft sie zu führen drohen? Das Allererste scheint uns zu sein, daß der *Krieg in Korea* nicht nur lokalisiert, sondern gänz-

lich *abgebrochen* werden muß, bevor er sich zum Weltkrieg ausweitet. Jetzt müßte der Sicherheitsrat wirklich und selbständig eingreifen, und zwar unter Mitwirkung der Chinesischen Volksrepublik, die unverzüglich in die UNO aufzunehmen wäre. Er müßte die Einstellung der Feindseligkeiten und den Rückzug der nordkoreanischen Armee hinter den 38. Breitengrad anordnen, gefolgt von der Räumung Koreas durch die Streitkräfte Amerikas und seiner Verbündeten. Gleichzeitig hätte er die nationale Einigung und die politisch-soziale Neuordnung Koreas auf Grund allgemeiner Wahlen an die Hand zu nehmen, und zwar mit größter Beschleunigung und Ernsthaftigkeit.

Zum zweiten müßte das Wettrüsten eingestellt und ein west-östliches Abkommen über eine kontrollierte *Abrüstung* angestrebt werden, unter Fallenlassen des Baruch-Planes, der viel zu schlau auf die Interessen Amerikas zugeschnitten und für die Russen darum einfach unannehmbar war. Ein solches Abkommen hätte nicht den Sinn eines «appeasement», einer trügerischen Beschwichtigung des «Sowjetimperialismus», wie das verlogene Schlagwort lautet; es müßte getroffen werden, weil ein schiedlich-friedliches Nebeneinanderleben auch sehr gegensätzlicher Wirtschafts- und Staatssysteme auf lange Zeit hinaus schlechterdings eine Lebensnotwendigkeit für die Völker der Erde und besonders Europas ist und die Fortsetzung des Wettrüstens nur zu einem unsagbar scheußlichen Massengemetzel führen kann, das keine einzige Frage wirklich lösen, aber alle Fragen erst recht verwickeln und fast unlösbar machen würde.

Die durch die Abrüstung frei werdenden Mittel und Kräfte wären dann — und das ist das Dritte — für den Aufbau einer *weltweiten sozialen Planwirtschaft* zu verwenden. Die im Kapitalismus und Feudalismus wirkenden Antriebe zu Völkerfeindschaft und Krieg würden damit mehr und mehr ausgeschaltet und schon in verhältnismäßig kurzer Frist ein internationales Klima geschaffen werden können, in dem sich eine auf Gerechtigkeit und gesicherten Wohlstand aller, auch und gerade der «rückständigen» Völker gegründete Friedensordnung entwickeln würde.

Die letzten beiden Punkte, in denen auch die Lösung der Koreafrage eingeschlossen ist, hangen eng zusammen. Der Weg der Kriegsdrohung und Kriegführung wird ja nur dort beschritten, wo man den Weg der sozialen Umwälzung nicht gehen will. Die Folge ist, daß die ganz unausweichliche soziale Umwälzung immer mehr vom *Kommunismus* monopolisiert und in *seinem* Geiste durchgeführt wird. Wie schon Marx gekommen ist, weil die Christenheit und die in ihrer Mitte gewachsene Demokratie gegenüber der sozialen Frage versagt hat, so sind erst recht Lenin und Stalin gekommen, weil die echte Revolution, die Revolution *Christi*, ausgeblieben ist. Es ist darum billigster Pharisäismus, vom christlichen oder demokratischen Standpunkt aus den Gewaltkommunismus mit wilden Anklagen zu überschütten und ihn — unausweichlich Hand in Hand mit den konservativen Besitzinteressen — durch

wirtschaftliche und militärische Machtmittel zu bekämpfen. Kritik und Kampf hätten sich vielmehr in erster Linie gegen ein kraft- und saftloses, zum Opium der Völker gewordenes Weltchristentum und gegen eine kapitalistisch verderbte Demokratie zu richten, die beide überwunden werden müssen, wenn nicht der Kommunismus *sie* überwinden soll.

Begeben wir uns auf *diesen* Weg, dann braucht es keine Kriegsrüstungen gegen den Kommunismus mehr, die ja nur von der ernsthaften Anhandnahme der sozialen Revolution abhalten, dann werden wir den Kampf für die militärische Abrüstung und die gewaltlose Verteidigung der Freiheit der Nationen mit ungeteiltem Herzen führen können. Auf dem Boden des Evangeliums sollte es ohnehin selbstverständlich sein, daß der Rüstungs- und Gewaltglaube ein mörderischer Aberglaube ist und daß Lebensschutz und Sicherheit auch für ein Volk nur in der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit zu finden sind, die es in seinen eigenen Angelegenheiten verwirklicht. Aber auch dem fortgeschrittenen weltlich-politischen Denken wird es immer klarer, daß in den höher und höher getriebenen militärischen Rüstungen keine Sicherheit gegen einen neuen Krieg liegt, höchstens die Sicherheit, in den Krieg erst recht hineingestoßen zu werden.

Wie weit diese Erkenntnis das Volksbewußtsein in der Sowjetunion und in den östlichen Volksrepubliken durchdrungen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Kein Zweifel besteht für uns indessen daran, daß die Militärreligion, daß namentlich der Glaube an die Fähigkeit militärischer Rüstungen, den Kommunismus fernzuhalten, in den westeuropäischen Nationen lange nicht mehr so stark verwurzelt ist, wie die Regierungen und die sogenannten Organe der öffentlichen Meinung wahr haben möchten. Schon die Rücksicht auf die *wirtschaftliche Tragbarkeit* der Militärlasten setzt ihrer weiteren Vermehrung ganz bestimmte Grenzen. Mag man sich in Amerika rühmen, daß die Finanz- und Produktionskraft der Vereinigten Staaten jeder Beanspruchung durch irgendeinen Krieg fast spielend gewachsen sei und zum Beispiel die zehn Milliarden Dollar Extrakredite für den Koreakrieg nicht einmal 4 Prozent der nationalen Jahresproduktion ausmachten, so liegen die Dinge in Europa erheblich anders. In England macht die Regierung kein Hehl daraus, daß die Erfüllung des neuen Wehrprogramms nur auf Kosten des zivilen Bedarfes möglich sei und die jetzt erreichte Lebenshaltung spürbar herabdrücken werde. Frankreich aber, das schon durch den Krieg in Indochina schwer zur Ader gelassen wird, kann die bedeutende Vermehrung seiner Militärlasten, die es jetzt ins Auge faßt, überhaupt nicht ertragen (sofern ihm nicht Amerika kräftig unter die Arme greift), ohne die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen, die natürlich wieder fast allein zu zahlen hätten, ernstlich zu verschlechtern, Wasser auf die kommunistischen Mühlen zu leiten, die sozialen und politischen Spannungen zu verschärfen und die Vorteile der Marshallplanhilfe — mit der doch eben der Kommunismus abgewehrt werden sollte — aufs Spiel zu setzen.

Die Völker müssen aufstehen! Was aber noch viel wichtiger ist: die im Wurf liegenden Rüstungsprogramme der westeuropäischen Staaten genügen auch rein militärisch nicht entfernt, um einen allfälligen Vorstoß der Roten Armee zurückzuschlagen. Wenn es richtig ist, daß gegebenenfalls die Sowjetunion 175 Divisionen zum Einsatz gegen Westeuropa verfügbar hätte, davon allein 35 in Ostdeutschland, dann werden 200 westmächtliche Divisionen nicht zuviel sein, um die Abweisung eines solchen Angriffes sicherzustellen. Nun haben aber die Alliierten gegenwärtig höchstens 15 kriegsstarke Divisionen in Europa stehen, die durch die neuen Rüstungsmaßnahmen vielleicht auf 50 oder 60 Divisionen vermehrt werden können. Woher sollen die übrigen 140 Divisionen kommen? Auch Westdeutschland könnte sie nicht liefern innert der nächsten zwei Jahre, die Churchill in seiner Straßburger Rede als «Atempause» für die Vorbereitung einer wirksamen Verteidigung gegen den «allgemeinen bewaffneten Ansturm der Kommunisten auf die westlichen Demokratien» bezeichnet hat. Dazu kommt, daß in verschiedenen westeuropäischen Ländern mit aktivem und passivem Widerstand aus den Völkern heraus gegen jeden neuen Marschbefehl ihrer Regierungen zu rechnen ist, vor allem in Frankreich und Italien, in nicht unerheblichem Maß aber wohl auch in Westdeutschland und Belgien. Wie der Generalstab der Atlantikmächte unter diesen Umständen das große Aufgebot gegen die rote Gefahr fertigbringen will, ist sein bisher streng gehütetes Geheimnis; die westlichen *Völker* ziehen aus ihrer ganzen Lage jedenfalls immer bewußter den Schluß, daß es diesmal wirklich dem Untergang des Abendlandes gleichkäme, wollten sie sich auf ein letztes, gewaltiges Kriegsunternehmen gegen den Ostblock einlassen, ein Unternehmen, das keineswegs mit Atombomben entschieden werden könnte, sondern eben auch nur wieder durch eine überlegene Landarmee, die aber nirgends aufzutreiben ist.

Man glaube darum nur nicht, die Petition für ein kontrolliertes *Verbot der Atombombe*, die jetzt auch in Westeuropa massenhaft unterschrieben wird, sei nur ein heuchlerisches, hinterhältiges Manöver der Russen, die ihre Gegner nur ihrer wirksamsten Waffe berauben wollten! Die Russen haben ja die Atombombe auch und dazu weitere Massenvernichtungswaffen, die sie mit gleichen Wirkungsmöglichkeiten anwenden könnten wie die Amerikaner *ihre* Geheimwaffen. Ihre militärische Schlagkraft ist außerdem bei der planmäßigen Verzettelung ihrer Kriegsindustrien auch durch Atombombenangriffe kaum entscheidend zu lähmen, so grauenhafte Verheerungen unter der Bevölkerung und am Wirtschaftskörper der Sowjetunion diese auch anrichten würden. Und was die Angriffsabsichten der Russen betrifft, die durch ein Verbot der Atombombe leichter zu erreichen sein sollen, so glaube ich nach wie vor nicht daran, bin vielmehr überzeugt, daß die Russen ihrerseits ganz ehrlich Angst vor einem Angriffs- oder Präventivkrieg des Westens haben, eine Angst, die bei dem ewigen Auftrumpfen der «demokrati-

schen, friedliebenden» Völker und Regierungen mit der Atombombe wahrlich nicht unbegreiflich ist. Gerade jetzt geht, wie Alexander Werth im «New Statesman» berichtet, eine Welle von Friedenskundgebungen aller Art über die Sowjetunion hin; die Zeitungen seien zur Hälfte gefüllt mit Briefen von Arbeitern, Bauern und anderen gewöhnlichen Menschen, die sich entsetzt gegen die Drohung mit einem neuen Krieg kehrten. Wie könnte die russische Regierung eine solche «Propaganda» zulassen und gar noch ermutigen (wie sie das tatsächlich tut), wenn sie selber beabsichtigte, in absehbarer Zeit einen Krieg zu entfesseln — einen Krieg, der die Friedenssehnsucht ihres Volkes aufs grausamste enttäuschen würde (auch wenn die Schuld am Krieg der feindlichen Außenwelt zugeschoben würde) und den ganzen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre jäh abbrechen, wahrscheinlich aber auch das Sowjetregime selber in Gefahr bringen müßte?

Aber auf das, was die Russen beabsichtigen oder nicht beabsichtigen, kommt es ja gar nicht an. Entscheidend ist, daß die Atomkraft *unter gar keinen Umständen als Kriegswaffe verwendet werden darf*, auch wenn ein Verzicht darauf den Russen zugut käme. Die Atombombe ist überhaupt kein Kriegsmittel; sie ist ein Vernichtungswerkzeug satanischer Mächte, das Menschen niemals in die Hand nehmen dürfen. Schon der Abwurf der ersten Atombomben auf japanische Städte war ein schwer sühnbares Verbrechen, zumal es militärisch gar nicht mehr nötig war und vorwiegend politische, auf die Fernhaltung der Russen von der vereinbarten russisch-amerikanischen Besetzung Japans gerichtete Zwecke verfolgte[6]. Der Einsatz «verbesserter», vielhundertfach wirksamerer Atombomben in einem Zukunftskrieg wäre ein noch viel ruchloseres Kolossalverbrechen, von wem und mit welcher Begründung es auch verübt würde. Die bedingungslose Ächtung der Atombombe ist darum wirklich eine Forderung elementarer Menschlichkeit und politischer Sittlichkeit. Und wenn die «gottlosen» Russen sie erheben, so sollten die «christlichen» Westeuropäer und Amerikaner sich nur schämen, daß ihre Frömmigkeit nicht besser ist als die der Kommunisten und anderen Heiden.

Lasse man sich auch nicht durch den Einwand beeindrucken, es gelte nicht bloß die Atombombe zu ächten und damit (wieso «damit»?) die anderen, menschlicheren oder noch untermenschlicheren Kriegswaffen gutzuheißen; man müsse dem Krieg selbst zu Leibe gehen und die *allgemeine* Abrüstung fordern. Die Urheber der Petitionsbewegung haben, soviel ich weiß, diesen Einwand auch geprüft, haben aber gefunden, die Völker seien für die Losung einer gänzlichen Abrüstung noch nicht zu gewinnen, und sich deshalb damit begnügt, ein Verbot der Atombombe als der typischen Massenvernichtungswaffe eines künftigen Krieges, die zugleich die Phantasie der Völker am meisten beschäftige, zu fordern.

---

[6] Der amerikanische Flieger R. Lewis, der die Atombombe über Hiroshima auslöste, ist seither in ein Kloster eingetreten.

Und sie glauben zuversichtlich, wenn es gelinge, ein internationales Verbot der Atombombe durchzusetzen, dann sei der entscheidende Schritt zur Gesamtabrüstung bereits getan und in Wahrheit der Krieg selbst geächtet.

Diese Überlegung ist psychologisch wahrscheinlich ganz richtig, wenn sie sich auch logisch nicht beweisen läßt und gewissen vermeintlich konsequenten Pazifisten, die allzu absolutistisch-rational denken, nicht einleuchtet. Der Schreibende hat für seinen Teil jedenfalls die so wütend von allen Seiten bekämpfte Petition nach Überwindung anfänglicher Hemmungen aus Überzeugung unterschrieben, ohne damit die allgemeine politische Linie der «Friedenspartisanen» anzuerkennen. Ihre Förderung ist, wie er glaubt, in der gegenwärtigen Lage wirklich ein Mittel, die Gewissen der Menschen aufzurütteln und die tödliche Schläfrigkeit zu brechen, die die Völker in ihrer Mehrheit noch immer gefangen hält. Die Atombomben-Petition gibt uns zum mindesten Gelegenheit, für die Friedenssache etwas *Praktisches* zu tun, wenn es auch noch so bescheiden aussieht, und wir wollen diese Gelegenheit redlich benützen — in Erwartung des großen Volksaufstandes gegen den Krieg, der in den maßgebenden Ländern kommen *muß*, wenn die schon dunkel am Horizont aufziehende Katastrophenwolke nicht wirklich über uns bersten und alles, alles zerstören soll.

10. September. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNGEN

Pierre Ceresole: «Vivre sa Vérité», Carnets de route. Verlag La Baconnière Neuchâtel.

Wir haben gelernt, gegen Tagebuchschreiber mißtrauisch zu sein. Carl Hilty hat einmal gesagt, er kenne in der ganzen Literaturgeschichte kein Tagebuch, das nicht den Stempel der Eitelkeit und dazu noch oft der moralischen Impotenz trüge. Von Pierre Ceresoles Tagebüchern gilt das ganz gewiß nicht. Sie waren nie für die Literaturgeschichte, überhaupt nicht für andere geschrieben, immer nur zur Selbstverständigung. Und darum wirkt die Auswahl aus seinen Tagebuchblättern, die uns seine engsten Freunde hier bieten, so ungeheuer echt, wahr und ehrlich. Wenn es *einen* alles beherrschenden Zug in Ceresoles Charakter gibt, der jedem sofort auffiel, der ihn kannte, so ist es — neben seiner Güte — die zuweilen an Fanatismus grenzende Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe, die ihn beseelte. Schon als Jüngling hatte er ein inneres Erlebnis, eine Offenbarung, die er als «feierliche Weihe für die Wahrheit» bezeichnet. Und er ist dem Dienst, der ihm damit aufgetragen war, bis ans Ende getreu geblieben. «Unnütz», so bemerkt er einmal in seinen Aufzeichnungen, «unnütz, die geringste Sekunde irgendeinem Beweisgrund zugunsten der Wahrheit zu widmen, solange du sie nicht mutig gelebt hast. Mutiges Handeln, wenn du kannst — das ist der Beweisgrund, der einzige; sonst ist es allzu leicht, und das zieht nicht. Christus hat kaum anders argumentiert.»